

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

# Danziger



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, in Leipzig: Jäger & Fort. S. Engler, in Hamburg: Haasenpfein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchbdlg.

# Zeitung.

**Abonnements pro August und September für Auswärtige 1 Thlr. 7 1/2 Sgr., für Danzig 1 Thlr., nimmt an die Expedition gr. Gerbergasse, 2.**

## Amthliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Kreisgerichts-Rath Bolmer zu Delbe und dem Universitäts-Secretair, Hofrath Oppenhoff zu Bonn den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Commissionsrath v. Drehs zu Sommerda den Rothen Adler-Orden vierter Klasse und dem emeritirten Schullehrer Schuege zu Naumburg a. S. das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner die von der Akademie der Wissenschaften in Berlin getroffene Wahl des Professors Ph. v. Martius in München zum auswärtigen Mitglieds der Akademie zu bestätigen.

## (W.T.D.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Lübeck, 28. Juli. Großfürst Constantin ist hier eingetroffen und heute Nachmittag nach Travemünde gereist. — In Travemünde ist heute Nachmittag eine russische Escadre, bestehend aus 2 Dampffregatten und einem Dampfschooner angekommen.

Frankfurt a. M., 28. Juli. In der heutigen Bundestagsitzung gab Preußen über die Rendsburger Vorfälle Aufklärungen, welche nebst den von Sachsen und Hannover mit Bezug hierauf abgegebenen Erklärungen dem betreffenden Ausschusse überwiesen wurden.

Kopenhagen, 26. Juli. (S. B. S.) Die „Berlingske Tidende“ erklärt die Mittheilung „Fädrelandets“, betreffend die angeblich abgeschlossene neunmonatliche Waffenruhe, für verfehlt.

Paris, 27. Juli. Bei den Wahlen für den gesetzgebenden Körper im Ardeche- und Dordogne-Departement haben die Regierungen - Candidaten mit starker Majorität den Sieg davon getragen.

Paris, 28. Juli. Aus Tunis wird gemeldet: Die Insurgenten nähern sich ohne Kampf der Hauptstadt und schneiden die Zufuhr ab.

Paris, 28. Juli. Nach dem heute veröffentlichten Bankausweise haben sich die Vorschüsse auf Werthpapiere um 1 Million Franken vermindert. Vermehrt haben sich der Baarvorrath um 6 1/2 Millionen, das Portefeuille um 4 Millionen, der Notenumlauf um 1 1/2 Millionen, das Guthaben des Schatzes um 4 1/10, das der Privaten um 9 1/2 Millionen Franken.

Turin, 28. Juli. Die „Stampa“ meldet: Prinz Humbert geht nach dem Lager von Chalons und dann nach England.

## Politische Uebersicht.

Es stellt sich jetzt als richtig heraus, daß in der ersten Sitzung der Wiener Conferenz, welche unter Vorsitz des Grafen Rechberg am 28. Juli stattfand und über 5 Stunden währte, die dänischen Bevollmächtigten sich nicht zu einer gänzlichen Postrennung der drei Herzogthümer von Dänemark verstanden. Indes sollen dieselben allmählig und schrittweise weitere Concessionen gemacht haben, so daß man sowohl in Wien, als auch in Berlin sich der Hoffnung hingab, es werde zur Feststellung von Friedenspräliminarien und auf Grund derselben zu einem längeren Waffenstillstande kommen, den namentlich Dänemark lebhaft wünscht. Auch die „Provinzial-Correspondenz“ bestätigt die Friedenshoffnungen. „Man hat — sagt sie — nach den bisherigen Anzeichen allen Grund anzunehmen, daß Dänemark die Nothwendigkeit erkannt hat, auf die gestellten Bedingungen im Wesentlichen einzugehen. Die vollständige Einigkeit Preußens und Oesterreichs in Bezug auf die weitere Lösung der Schleswig-Holsteinischen Frage giebt nach wie vor die beste Bürgschaft für deren glückliche Durchführung. Alle Versuche, das Einverständnis der beiden Großmächte in Frage zu stellen, werden Tag für Tag durch die Thatsachen widerlegt. Manche Blätter bemühen sich, eine neue Einmischung des Auslandes in Aussicht zu stellen, doch beruhen die bezüglichen Angaben auf bloßer Vermuthung und Erfindung. Es ist sehr wahrscheinlich, daß bis zum 31. eine Verständigung über die Friedensgrundlagen insoweit erreicht sein wird, um zum Abschluß eines längeren Waffenstillstandes schreiten zu können.“

Inzwischen giebt es auch in unterrichteten Kreisen noch immer Personen, welche daran zweifeln, daß Dänemark sich den von den Großmächten gestellten Bedingungen unterwerfen werde. Ein Wiener Correspondent der „Kreuzzeitung“ bezeichnet es als die Ansicht diplomatischer Kreise, „daß die Verhandlungen sich langsamer abwickeln werden, als man von mancher Seite gehofft haben mag; man versichere sogar, daß die dänischen Instruktionen vor der Hand nicht so weit reichen, um einer Unterhandlung auf Grund der völligen Postrennung der Herzogthümer von Dänemark die Bahnen zu ebnen, obwohl die deutschen Großmächte nicht verfehlt hätten, längere Zeit vor Beginn des Copenhagener Cabinet zu verständigen, daß sie nur auf dieser Basis zu conferiren geneigt seien.“ Auch ein Wiener Telegramm der „Schles. Bzg.“ von vorgestern Abends theilt mit, daß die dänischen Bevollmächtigten sich neuerdings „incoherent“ zeigen.“ Wir würden nicht überrascht sein, wenn diese Nachricht sich bestätigte. Dänemark will Zeit gewinnen — das ist sein Hauptzweck.

Aus allen Wiener Berichten geht hervor, daß Oesterreich sich am meisten für das schnelle Zustandekommen des Friedens interessiert, daß es auch keinerlei provisorische Zustände in den Herzogthümern wünscht, um die Schleswig-Holsteinische Frage endlich los zu sein. In nachstehenden Sätzen der Wiener „Presse“ dürften die Zielpunkte der österreichischen Politik richtig angegeben sein. „Oesterreich —

sagt das Wiener Blatt — wird am sichersten gehen, wenn es offen und ehrlich, ohne Winkelzüge, ohne Anwendung überfeiner Manöver erklärt, den Frieden unter nach Möglichkeit schonenden Bedingungen für Dänemark und gleichzeitig die sofortige Weiterabtretung sämtlicher Herzogthümer an ihren legitimen Souverän zu wollen. Zwischen der Abtretung der Herzogthümer Seitens der Dänen und zwischen der Feststellung ihrer Bestimmung darf es keinen leeren Raum geben. Ob Preußen sich dieser Erklärung anschließt, sei die Probe für die bundestreue Gesinnung Preußens. Daran wollen wir es erkennen und bewährt es sich probenhaltig, so wollen wir auch zu hoffen anfangen, daß der „Incidentfall“ von Rendsburg sich noch in deutschen Ehren beilegen lassen werde.“

In diesem Bestreben, einen schnellen Friedensschluß und eine ebenso schnelle definitive Gestaltung der Herzogthümer herbeizuführen, wird Oesterreich auch von England, freilich nur mit Wünschen, unterstützt; denn England hat gegenwärtig keinen Einfluß in Kopenhagen mehr. Ob Frankreich dort Fuß gefaßt hat, muß sich bald zeigen. Daß der Kaiser Napoleon sich der deutsch-dänischen Frage neuerdings ganz besonders annimmt, steht wohl außer Frage.

In Betreff der Rendsburger Vorgänge liegen bereits die Aeußerungen der ministeriellen Organe vor, welche unsere gefräßige Mittheilung bekräftigen, daß man versuchen werde, die Angelegenheit dadurch auszugleichen, daß Rendsburg in Zukunft eine gemischte Besatzung erhalte. Ueber die Stellung Oesterreichs zu dieser Frage lauten die Berichte übereinstimmend dahin, daß dasselbe im gegenwärtigen entscheidenden Augenblicke nicht gegen Preußen auftreten wolle und daher bemüht sei, in der Sache zu vermitteln. Indes hat Graf Rechberg Herrn v. Bismarck gegenüber erklärt, daß Oesterreich das Vorgehen Preußens in Rendsburg nicht gut heißen könne. Auch der Kaiser soll sich in diesem Sinne zu Herrn v. Bismarck geäußert haben.

Wie man der „Nat.-Bzg.“ aus Frankfurt a. M. mittheilt, hat am vergangenen Dienstag eine Sitzung der vereinigten Ausschüsse stattgefunden, in welcher Hannover zur Anzeige brachte, daß es in der nächsten Bundestagsitzung einen Antrag stellen werde, dahin gehend, Preußen aufzufordern, sofort seine Truppen aus Rendsburg zurückzuziehen. Die am Donnerstag fällige Bundestagsitzung ist auf nächsten Sonnabend verschoben worden; diejenigen Gesandten, welche den Antrag zu unterstützen gedenken, erwarten angeblich, daß sie die bezüglichen Instruktionen bis dahin erhalten werden.

Die Adresse im Volkstempel in Kopenhagen ist trotz des Widerspruches der Minister angenommen. Die „Nordb. A. Bzg.“ meint in Folge dessen, man dürfe wichtige Ereignisse in Kopenhagen erwarten. Wohl schwerlich mehr als eine Auflösung des Reichsraths. Ob die Wahlen dann anders ausfallen werden, ist immer noch zweifelhaft.

In verschiedenen Correspondenzen taucht jetzt wieder die Mittheilung auf, daß auch im Fall des Abschlusses eines Waffenstillstandes der Landtag noch in diesem Jahre zusammenberufen werden solle. Die Erörterung dieser Frage giebt den feindlichen Organen zu den maßlosesten Ausfällen auf das Abgeordnetenhaus Anlaß. So schreibt die feudale Correspondenz: Ueber den bisherigen Verlauf der Friedensverhandlungen vernimmt man, daß derselbe zu den besten Hoffnungen berechtige. Falls diese Erwartungen sich erfüllen, so möchten wohl auch die von Neuem vorgebrachten Gerüchte von einer Berufung des Landtags verstummen. Die Reiten haben aufgehört, wo man den Landtag, so wie er gegenwärtig constituirte ist, einen Factor im preussischen Staatsleben nennen durfte. Er ist kein Factor, sondern er hat sich selber aus jeglicher Einwirkung auf den Gang der Ereignisse herausgedrängt. Wer auf solche Weise seine eigene Abdankung vollzieht, zu dessen Wiedererhebung ist die preussische Staatsregierung nicht berufen. Alle Fäden, die das jetzige Abgeordnetenhaus noch mit dem realen Leben des Staates verknüpfen, sind durch den Parteigeist mit übermüthiger Verkennung seiner Kräfte durchschnitten worden, und wenn die königliche Regierung in einer Anwendung von Mitleiden für die Redner, die so lange stumm sein mußten, ihnen Gelegenheit giebt, sich auszusprechen, so würden ja doch nur die längst bekannten und längst als wirkungslos erwiesenen Klagen und Phantastereien zu Tage treten. Solche Schauspiele haben keinen Zweck. Die Regierung kann es nicht mit Abgeordneten zu thun haben, die, weil sie an eine Vergangenheit voller Dummheit gebunden sind, sich nicht zu einer kräftigen Umkehr zu erheben vermögen; sondern das einzige Verhältniß, auf welches das königliche Souveränement Gewicht legt, ist sein Verhältniß zum Volke, zu der ganzen einzigen Nation, deren Kinder mit so viel Heldenmuth auf den Ruf des Königs gehört haben. Die Rücksicht auf das Volk gebietet es, daß ihm auch die politischen Zankereien, wie sie aus dem Munde der Opposition in der Kammer tönten, erspart werden. Deshalb ist denn auch an eine Auflösung, an eine Neuwahl nicht zu denken. Der Appell an das Volk hat bereits stattgefunden und ist zu Gunsten des Rechtes und der Wahrheit ausgefallen. Es wäre eine Anomalie, wenn man jetzt noch alle die verschwundenen Geister eines am Siedethum untergegangenen Parteiwesens citiren wollte, um eine Probe zu wiederholen, die schon längst entschieden ist. Man wird aus Obigem ersehen, daß das, wofür wir das Wort ergreifen, das Gegentheil eines Staatsstreiches ist. Möge das Abgeordnetenhaus ruhen, bis es durch eine Art von unschädlichem Mechanismus wieder rechtzeitig erweckt wird.“

In solchem Tone dürfen diejenigen, welche das Privilegium zu haben vorgehen, Stützen der Regierungspolitik zu sein, von einem Factor der gesetzgebenden Gewalt des Staates reden! Aber gerade diesen zügellosen Wuthausbrüchen merkt man es nur zu sehr an, wie gut jene Leute wissen, daß das Volk selbst, welches sie stets von seinen Vertretern auf jede Weise zu trennen versuchen, mit denselben

einig und fest zusammensteht. Wenn sie auch nur im Entferntesten auf einen Sieg der Feudalen hoffen könnten, wie eifrig würden sie der Auflösung des Abgeordnetenhauses das Wort reden! Aber man weiß eben, wie das Volk denkt, man weiß, daß es heute zu seinen Vertretern steht wie früher — und daher dieser maßlose Groll! —

## Preußens Recht und Pflicht.

Als die Londoner Conferenz noch tagte, haben wir uns darüber ausgesprochen, ob und unter welchen Bedingungen eine Theilung Schleswigs zwischen Dänemark und Deutschland zulässig wäre. Jetzt sind glücklicher Weise alle Theilungsgedanken auch aus den Kreisen unserer Diplomatie verschwunden. Aber wir müssen doch auch jetzt daran erinnern, daß unsere officiösen Blätter damals die Frage in so fern falsch formulirten, als sie von einer Abtretung des südlichen und mittleren Schleswigs an Deutschland statt von einer Abtretung des nördlichen Schleswigs an Dänemark redeten. Damals freilich hielten wir es für sehr möglich, daß der Fehler mehr in der Ausdrucksweise als in der Rechtsanschauung oder der politischen Tendenz läge. Jetzt aber sehen wir, daß der falsche Ausdruck sehr absichtlich, daß er darum gewählt worden war, um späterhin, wie es die „Prov.-Corr.“ vom 20. Juli nun wirklich thut, als die allein annehmbare Friedensbedingung wieder „die gänzliche Abtretung der drei Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg Seitens der Krone Dänemarks“ und zwar „zu Händen Preußens und Oesterreichs“ proclamiren zu können. Denn hätte man damals des allein richtigen Ausdrucks sich bedient, so würde man heute nur fordern können, daß die dänische Krone den bisher von ihr erhobenen Ansprüchen auf die Herzogthümer ausdrücklich entsagen, nicht aber, daß sie die Herzogthümer an irgend wen, also auch nicht, daß sie sie „zu Händen Preußens und Oesterreichs“ abtreten solle. Die einfache Entsagung hätte dann die einfache Folge gehabt, daß die Herzogthümer sich selbst wiedergegeben worden wären und Preußen hätte sein im Beginne des Krieges gegebenes Wort eingelöst, es hätte unsern deutschen Brüdern in Schleswig-Holstein wirklich und wahrhaftig zu ihrem Rechte verholfen.

Indes will die „Prov.-Corr.“, es wollen diejenigen, die auf ihrer Seite stehen, nicht, daß jenes Wort eingelöst werde, sie wollen vielmehr, so oft auch die preussische Politik bisher in die Bahnen des Rechtes eingelenkt worden ist, dieselbe immer wieder aus diesen Bahnen herausreißen. Es liegt ihnen nichts Anderes im Sinne, als daß die endliche Entscheidung doch durch die Gebote der Macht, nicht aber durch die des Rechtes gegeben werde. Darum spricht die „Prov.-Corr.“ von Schleswig und selbst von Holstein und Lauenburg, als ob sie nichts wären als Länder, die Preußen und Oesterreich erobert, und über deren künftiges Schicksal dann die Sieger, und zwar vorzugsweise in ihrem eigenen Interesse, zu entscheiden hätten. Im Grunde meint sie Preußen allein und Oesterreich wird nur aus Courtoisie mitgenannt. Freilich sagt das officiöse Blatt seine eigentliche Meinung nicht mit klaren Worten heraus. Aber der aufmerksame Leser bedarf nicht eines großen Scharfsinnes, um dieselbe aus den gewundenen Redensarten herauszufinden.

Zuerst soll der deutsche Bund bei dem Abschlusse des Friedens nicht mitzureden haben. Das ist allerdings in der Ordnung, da der Bundestag seine völlige Ohnmacht allein schon dadurch documentirt hat, daß er sogar deutsche Schiffe von Dänemark hat wegnehmen lassen, ohne demselben den Krieg zu erklären. Aber der deutsche Bund soll auch bei der Erbsolge in Schleswig nicht mitzureden haben, und doch hat derselbe nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, dem von ihm als rechtmäßig anerkannten Herzog von Holstein auch zu seinem Recht an Schleswig zu verhelfen.

Zweitens soll „das Urtheil des Bundes über die Erbschuldung auch in Holstein nicht allein entscheidend sein.“ Allerdings ist auch das in der Ordnung, denn dem Rechte nach hat das entscheidende Urtheil über die Erbsfolge in Holstein, wie in Schleswig und in Lauenburg, allein das Volk und die rechtmäßige Volksvertretung der Herzogthümer abzugeben. Aber in Betreff dieses Volksrechtes beobachtet die „Prov.-Corr.“ gerade jetzt das allerbedürftigste Stillschweigen. Sie sagt nur: Wenn der Bund sein Urtheil „über die Erbschuldung in Holstein“ abgegeben hat, so werden „Preußen und Oesterreich... die weitere, rechtlich und politische Entscheidung über die Herzogthümer im Einvernehmen mit dem deutschen Bunde in die Wege zu leiten haben.“ Welches aber diese „Wege“ sein sollen, davon sagt sie keine Silbe, und sie müßte es, namentlich den Lesern der „kleinen Kreis- und Localblätter“, sagen, wenn sie dieselben nicht über die Politik und die Gesinnung der Regierung im Dunkeln lassen wollte, statt sie darüber aufzuklären.

Wir wissen sehr wohl, daß das Recht nicht zur Geltung kommt, wenn die Macht ihm nicht zur Seite steht. Preußen hat gezeigt, daß es die Macht besitzt, das Recht Schleswig-Holsteins zu schützen, und es hat daher selbstverständlich die Pflicht, es wirklich zu thun, nicht bloß Dänemark und England, sondern nöthigen Falls auch Oesterreich und dem deutschen Bunde gegenüber. Gerade Preußens Sache ist es, den Schleswig-Holsteinern ihr Selbstbestimmungsrecht in Betreff der Erbsfolge und der Verfassung ihres Landes wieder zu geben. Eben so wenig vergessen wir, daß Preußen aber auch sein eigenes und das Recht des deutschen Volkes zu wahren hat und daß es die Pflicht der preussischen Regierung ist, die für alle deutschen Stämme gleich notwendige engere Verbindung der Herzogthümer mit unserem Staate durchzusetzen. Wir glauben aber, daß Preußen dieses um so leichter erreichen wird, je offener und entschiedener seine Politik für das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer eintritt. Geht die preussische Politik von diesem Wege ab, wird sie unklar und setzt sie sich in Widerspruch zu den Wünschen der Herzogthümer, so entsteht die Gefahr, daß es die Sympathien, die es dort Anfangs ungewisselt gehabt, noch verliert.



## Deutschland.

Berlin, 28. Juli. Man schreibt offiziell: „Heute ist auf Antrag Preußens eine außerordentliche Bundestagsitzung abgehalten worden, in welcher die Rendsburger Angelegenheit zur Besprechung gekommen ist. Von Hannover ist hier das Verlangen einer Genugthuung gestellt worden. Eine ähnliche Forderung soll dem Bundestage mitgeteilt worden sein. Der Ton, in welchem dies geschieht, zeigt eine große Geiztheit. Es fehlt zur Erfüllung dieser Forderung jede Veranlassung, da den hannoverschen Truppen nicht verwehrt war, in Rendsburg zu bleiben. Wennschon Prinz Friedrich Carl sagte, er wäre beauftragt, sich zum Herrn von Rendsburg zu machen, so sollte damit nur ausgesprochen werden, daß er eine so große Truppenmenge dorthin verlegen wolle, die genügend wäre, um jede weitere Beschimpfung und weitere Angriffe auf die preussischen Lazarethe zu verhindern und die preussischen Depots daselbst zu beschützen. Wenn dies von dem Commandirenden der Executionstruppen und der Hannoveraner falsch verstanden worden ist, so ist das ihre Schuld. Man hätte preussischerseits nichts dagegen gehabt, wenn die in Rendsburg liegenden Bundestruppen noch ferner dort geblieben wären. Die 6000 Preußen würden schwerlich von den 4 Compagnien Hannoveraner beengt worden sein. Auch steht den Hannoveranern frei, jeden Augenblick nach Rendsburg zurückzukehren. — Hannover behauptet schon länger eine feindliche oder besser gesagt feindschaftliche Haltung gegen Preußen. So hatte Preußen schon vor längerer Zeit Verhandlungen mit Hannover, Oldenburg und Bremen wegen Durchlegung einer Stappenstraße nach dem Zabbegebiet angeknüpft. Während Oldenburg die Nothwendigkeit der Bewilligung einer solchen einsah und deshalb mit Preußen einen Vertrag abschloß, welchem Bremen beizutreten gesonnen ist, entwickelt Hannover eine solche Widerspenstigkeit dagegen, daß es die Angelegenheit hinzieht und sogar auf die letzte, diese Angelegenheit betreffende Depesche, welche schon vor vielen Monaten abgegangen ist, nicht einmal geantwortet hat. Dabei handelt es sich nur um einen sehr schmalen Streifen hannoverschen Gebietes und es wird von Preußen für die etwa durchgehenden Truppen weder Quartier noch Verpflegung beansprucht, da der Marsch in einigen Stunden beendet ist.“

— Der Kultusminister ist durch Circular-Erlaß an sämtliche Schulbehörden dem vielfach wahrgenommenen Mißbrauche in Betreff des häufigen Wechsels mit den Schulbüchern entgegengetreten.

— Bei Einführung der Wechselstempelmarken, die doch zur Erleichterung des Verkehrs dienen sollten, wurde es schon empfunden, daß diese Marken für preussische Wechsel nicht verwandt werden dürfen. Der Finanzminister hat nun kürzlich die betreffenden Behörden zu Gutachten darüber aufgefordert, ob diese Stempelmarken nicht auch für inländische Wechsel in Gebrauch genommen werden sollen. Die Mehrzahl der Gutachten hat sich, wie zu erwarten war, durchaus bejahend ausgesprochen.

— Der Schriftsteller Ludwig Walewode wird von dem hiesigen Stadtgericht steckbrieflich verfolgt. Walewode war wegen Preßvergehens aus den §§ 101 und 102 des Strafgesetzbuchs zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Bekanntlich stielte Walewode mit dem von ihm herausgegebenen „Fortschritt“, den er später aufgab, nach Gotha über.

Stettin, 27. Juli. (Hf.-Ztg.) Zu der gestern in der Navigationschule zu Grabow beendigten Steuermanns-Probir-Prüfung hatten sich 13 Examinanden gemeldet. Von diesen erhielten (obwohl die Schiffer-Prüfungen nur im Frühjahr stattfinden) Einer ausnahmsweise das Zeugniß als Schiffer I. Klasse, 9 das Zeugniß als Steuerleute I. Klasse, und 3 daselbe als Steuerleute II. Klasse. — Bei der in diesen Tagen in Straßund abgehaltenen Prüfung der dortigen Navigationschule hatten sich 23 Examinanden gemeldet. Davon erhielten 15 das Zeugniß als Steuerleute I. Klasse, 5 das Zeugniß als Steuerleute II. Klasse; 2 waren freiwillig von der Prüfung zurückgetreten und Einer war zurückgewiesen.

Görlitz, 27. Juli. (Bresl. Z.) Die heutige „Nied. Z.“ berichtet: Heute verbreitete sich hier das Gerücht, daß die sächsische Regierung ihre Armee auf Kriegsfuß setze. (Wohl schwerlich!) Als bestimmt wurde versichert, daß in den an der Grenze gelegenen Ortschaften zahlreiche, zum Theil erst kürzlich entlassene Reservisten einberufen worden sind.

Düsseldorf, 27. Juli. (Hf.-Z.) [Prozeß des Abgeordneten Rücker gegen Fiscus wegen Stellvertretungskosten.] In der gestrigen Sitzung der 1. Civilkammer des Rgl. Landgerichts wurde das vom hiesigen Friedensgericht erlassene Urtheil auf Erstattung der dem Kläger von seinem Gehalte abgezogenen Stellvertretungskosten — bestätigt und die Berufung der Rgl. Regierung abgewiesen.

Dortmund, 25. Juli. Friedrich Harfort zu Pombruch, der mit dem Eisernenkreuze geschmückte Veteran, einer der wenigen, welche im Sommer 1848 die Fahne des Königthums hochhielten, und bald darauf einer der wenigen, welche der Reaction den Dienst versagten, ist, wie der „D. A. Z.“ geschrieben wird, in voriger Woche polizeilich darüber vernommen worden, ob er sich wirklich als Verfasser eines Aufsatzes bekenne, der mit seiner Namensunterschrift vor etwa einem Monat in der „Rheinischen Zeitung“ stand, und zwar — glauben wir hinzufügen zu dürfen — zu Harfort's größtem Behagen. Die von ihm gerügten Mängel im Marine-Ministerium durch richterliches Erkenntniß feststellen zu lassen, war seit Jahren Harfort's Wunsch.

— Ueber die Besetzung Rendsburgs sagt das officielle „Dresd. Journ.“: „Die Berliner officiellen Zeitungen bringen einen längeren Artikel, in welchem die Besetzung Rendsburgs durch preussische Truppen gerechtfertigt werden soll. Es ist charakteristisch, daß darin von den Soldatenaufereien am 17. und 18. nur sehr wenig die Rede ist. Sie scheinen doch auch von den bemerkten Blättern nicht so viel Wichtigkeit umkleidet werden zu können, daß man daraus allein die getroffenen Maßnahmen erklären könnte. Dagegen ist in dem Artikel sehr viel die Rede von den angeblichen „Belästigungen“, welche früher die „allirte Armee“ auf ihrem Zuge nach Schleswig erlitten, und von der „verblenden“ Politik der Bundesregierungen, die keinen Theil an der anfänglichen Politik der deutschen Großmächte in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nehmen wollten. Was jene Belästigungen betrifft, so ist seiner Zeit der betreffende Vorwurf so genügend zurückgewiesen, daß man nicht darauf zurück zu kommen braucht. Dagegen müssen wir immer wieder daran erinnern, daß die deutschen Großmächte erst auf der Londoner Conferenz das Prinzip der Integrität Dänemarks aufgaben, als nach den Erklärungen des Bundesbevollmächtigten und den Aeußerungen der neutralen Mächte jede Hoffnung, das Londoner Protokoll aufrecht zu erhalten, aufgegeben werden mußte. Die deutschen Bundesregierungen, welche diese nationale Politik von Anfang an festgehalten, können es ruhig dem Urtheil der öffentlichen Meinung anheimgeben, ob ihre Politik, obgleich sie ihnen nicht gestattete, mit den deutschen Großmächten in Schleswig gemeinschaftlich zu operiren, Deutschland zum Segen oder Nachtheil gereicht hat. Es ist der Einfluß dieser Politik durch die mannigfachen

diplomatischen Veröffentlichungen doch zu sehr für die Deffentlichkeit erwiesen worden, als daß es aus Anlaß der Rendsburger Vorfälle einem Blatte gelingen könnte, die Verhältnisse wieder zu verdunkeln.“

— Nach einer Notiz der „Leber Prov.-Ztg.“ wird die österreichische Fregatte „Schwarzenberg“, falls die Kriegsoperationen nicht mit dem 1. August wieder beginnen, in ein Drydock legen und neu gelupft werden. Wenn ein längerer Waffenstillstand eintritt, wird wahrscheinlich die ganze österreichische Flotte auf die Weser kommen und in Bremerhaven und Geestemünde vorläufig Station nehmen.

— Der „Botschafter“ erhält aus Kiel, 25. Juli, folgendes Telegramm: „Der Herzog Friedrich hat das Land nicht verlassen und denkt nicht daran, es zu verlassen.“

— Aus Mecklenburg, 25. Juli, wird den „Hamb. Nachr.“ gemeldet: Der vielgenannte Capitän-Lieutenant Hammer, der in den letzten Tagen mit der gefangenen genommenen Bemannung seiner Estabre durchtransportirt ward, ist ein Mecklenburger, und zwar ein geborner Ludwigsluster. Ein Landsmann von ihm ist auch der Capitän Schacht vom „Wolf Krake“, dem die seemannische Leitung dieses Panzerschiffes anvertraut ist. Der Vater des letzteren war früher Thorschreiber am Hamburger Thor zu Ludwigslust.

Darmstadt, 25. Juli. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer entstand eine längere Discussion über die Anforderungen für Gesandtschaften, für welche die zweite Kammer nur 30,000 Fl. die erste Kammer aber die ganze geforderte Summe von 60,000 Fl. bewilligt hatte. Es kam dabei die dermalige Stellung der kleineren und Mittelstaaten zu den Großmächten zur Sprache, die von der einen Seite zum Nachweis dafür geltend gemacht wurden, daß die Gesandtschaften jener Staaten ganz nutzlos seien; von der anderen Seite zum Nachweis dafür, daß für jetzt wenigstens die innewohnenden diplomatischen Stellungen an den betreffenden Höfen jedenfalls nicht aufgegeben werden dürften. Bei der Abstimmung beharrte die Kammer nach Antrag des Ausschusses auf ihrem früheren Beschlusse (Bewilligung von nur 30,000 Fl.), und zwar mit 27 gegen 13 Stimmen.

— Aus Baden-Baden wird vom 24. Juli geschrieben: „Die Vorbereitungen, die in dem prächtigen Hotel der Herzogin von Hamilton getroffen werden, bestätigen die Pariser Nachricht, daß der Kaiser Napoleon im nächsten Monate hier eintreffen werde. Unter den hiesigen Badegästen befinden sich diesmal auffallend viele Dänen. Unter ihnen ist auch der oft genannte Baron Scheel-Plessen, den man hier fleißig mit Herrn v. Risseff, ehemaligem russischen Botschafter am Tuilerienhofe, verkehren sieht.“

## Schweiz.

— In Zürich allein sind vom 8. April bis zum 20. Juli d. J. 431 Polnische Flüchtlinge angekommen. Von diesen sind 238 in andere Cantone vertheilt und 116 mit Pässen nach Italien versehen worden. Aufenthalt in Zürich selbst haben nur 64 genommen, von denen sich 22 als krank und verwundet in Verpflegung befinden. Was den Plan der Gründung eines polnischen Invalidenhauses in Zürich betrifft, so wird derselbe wirklich zur Ausführung gelangen. Dem Aufrufe der polnischen National-Agentur in Zürich an die polnischen Künstler, zu diesem Zwecke ein National-Album herauszugeben, ist nun auch ein schweizerischer Aufruf gefolgt, dessen erster Unterzeichner Professor Munzinger in Bern ist.

## England.

— Der in Stafford verhaftete Dieb, in welchem die dortige Polizei schon den entwichenen Fran Müller oder einen an der Ermordung des Herrn Briggs Mitbetheiligten zu erkennen glaubte, hat, wie sich herausstellte, mit Müller, wie auch mit jenem Morde nichts zu thun. Der Verdacht gründete sich hauptsächlich auf den Umstand, daß in dem Taschbuche des Verhafteten der Name Müller eingeschrieben gefunden wurde.

## Frankreich.

— Der Kaiser soll sich, wie Privatberichte aus Vichy melden, durchaus idyllischen Genüssen hingeben. Jüngst besuchte er einen Soldatenball, den er mit einer Bäuerin ernstete; es war eine Quadrille, für die er sie engagirt hatte, und sein vis-à-vis war ein Soldat, der ihn durch die drolligsten Sprünge sehr zu ergötzen schien. — Paris wird im Laufe dieses Sommers und Nachsommers eine Reihe der seltsamsten Gäste empfangen. So sieht man für den 20. August der Ankunft des Fürsten Rusa entgegen, der zuvor im Lager von Chalons den großen Manövern beizuwohnen gedenkt. Die Ankunft des Königs von Spanien fällt in die gleiche Zeit. Anfangs October wird auch Emir Abd-el-Kader zum Besuch erwartet. Seinem langjährigen Wunsche, Frankreich noch einmal zu sehen, dem er aus freien Stücken, da er durch sein Versprechen gebunden war, nicht genügen konnte, scheint Napoleon III. durch eine freundliche Einladung, nach Paris zu reisen, entgegen gekommen zu sein. Um dieselbe Zeit schließlich dürfte auch Bobba, Fürst der Myrtditen, eines albanesischen Stammes, hier erwartet werden. — Das englische Ministerium soll hier angezeigt haben, daß es beabsichtigt, 6000 Mann nach Japan zu senden, um Jeddo, die Hauptstadt des Taikun, besetzen zu lassen. Ich weiß nicht, was an dieser Nachricht Wahres sein mag; factisch aber ist, daß im Zusammenhang damit die französische Flotten-Division in den chinesischen und japanischen Gewässern Verstärkungen erhalten soll.

## Italien.

— Der Verkauf der geistlichen Domänen geht in Italien gut von statten; es werden schöne Preise erzielt. So ist die große Besitzung von Aquaviva bei Florenz zu 873,000 Frs. ausbezogen und zu 1,300,000 Frs. losgeschlagen worden.

## Rußland und Polen.

Δ\* Warschau, 28. Juli. Schon seit 8 Tagen circulirten Gerüchte von bevorstehenden politischen Hinrichtungen, denen aber Ihr Correspondent wie viele andere keinen Glauben schenken wollte. Es zeigt sich nun, daß jene Gerüchte allerdings Grund hatten. In der nächsten Nähe Warschaws, im Dorf Czepta, ist diese Nacht ein Gulgen errichtet worden, an welchem heute um 9 Uhr Vormittags zwei Polen, Johann Jarczyk und Thomas Malinowski sterben sollen. Sie sind beschuldigt und sollen, nach amtlicher Mittheilung, sich zu dieser Schuld bekannt haben, einem unbekannten Manne, den sie im Verdacht hatten, daß er Spion sei, schwere Wunden beigebracht und alsdann in jenem Dorfe erhängt zu haben. Man glaubt im Publikum nicht an die Schuld der beiden. — Von der vor einigen Tagen in Konin vollzogenen Erhängung des Capuzinermönchs aus dem Kloster Lond, Max Terejna, habe ich ebenfalls noch zu berichten. — Vorgeföhrt ist, wie versichert wird, in der Citadelle ein Offizier von der russischen Armee, wegen politischer Vergehen, erschossen worden und noch 9 in der Citadelle in Haft befindliche Personen werden genannt, deren Todesurtheile bereits bestätigt sind. — Merkwürdiger Weise spricht man gleichzeitig von der bevorstehenden Aufhebung des Kriegszustandes; sollen etwa wirklich die erwähnten Hinrichtungen der Schlusßact sein, mit dem man das Trauerspiel des Kriegszustandes beschließen will? —

Gestern früh ist ein großer Transport politisch Verurtheilter mit der Petersburger Bahn deportirt worden. Die Zahl der Unglücklichen wird verschieden angegeben, dürfte jedoch mindestens an 400 betragen, worunter mehrere Frauen. Wie bei jedem Transport, waren Mehrere in Ketten geschmiedet. — Der „Dziennik“ bringt von Zeit zu Zeit Notizen über die in Galizien von den dortigen Kriegsgerichten verhängten Strafen über politisch Angeklagte, ohne, wie es scheint, zu ahnen, wie nachtheilig der Vergleich für das hiesige Verfahren ausfällt. Ein einziger Angeklagter ist in Galizien bis jetzt mit 2 Jahren Gefängniß bestraft worden. Die große Masse der Angeklagten, insofern sie nicht ganz frei wurden, ist mit ein paar Monaten Gefängniß abgekommen, wie gering dagegen ist hier die Zahl der Freigesprochenen! Um deportirt zu werden, dazu gehört nicht viel. — Als charakteristisch für unsere Preßzustände dürfte die Mittheilung dienen, daß der unglückliche Vorfall in Bloclawel, das Ertrinken nämlich des Staatsraths Peuter und der anderen Personen, erst etwa zehn Tage später im „Dziennik“ mitgetheilt war, nachdem bereits die ausländischen Blätter solche längst gebracht hatten. Erst dann durften die nicht officiellen Blätter die Sache berichten, was sie auch gestern mit einigen kurzen Worten thaten. Für den ertrunkenen Schwarz und General Peuter ist in der russischen Kirche ein Trauergottesdienst abgehalten worden, dem Graf Berg und alle hohen Herren beizuhuten.

— Die Ernte hat bereits begonnen und stellt, wie der „Schl. Ztg.“ aus Polen gemeldet wird, einen so reichen Ertrag heraus, wie seit langen Jahren nicht vorgekommen ist.

## Dänemark.

— Der König von Dänemark hat durch Resolution verfügt, daß die Krumphölzungsstrafe von Vesehlshabern in der activen Armee, in Gemäßheit der sehr strengen Bestimmungen darüber enthaltenden Resolution vom 4. April 1848, dictirt oder vollzogen werden kann.

— Am 25. lief in Flensburg das königlich dänische Dampfschiff „Dania“ unter Parlamentarflagge ein, um diejenigen Beamten und deren Familien an Bord zu nehmen und nach dem Königreich überzuführen, denen die Weisung zugegangen ist, das Herzogthum Schleswig zu verlassen.

## Danzig, den 29. Juli.

— Nach dem Ausfall der im Schullehrer-Seminar zu Graubenz durch den Provinzial-Schulrath Dr. Dillenburger und die Departements-Schulräthe von Danzig und Marienwerder, Dr. Dittl und van Jura in dieser Woche abgehaltenen Abiturienten-Prüfung erhielten 7 Examinanden das Zeugniß Nr. 2, 3 derselben Nr. 3. — 6 der nunmehr wahlfähigen Schulamts-Candidaten gehören dem Marienwerder, 4 dem Danziger Regierungsbezirk an. In den nächsten Tagen findet daselbst die Prüfung Behufs Aufnahme ins Seminar statt.

\* Die Vernehmung des königlichen Kreis-Baumeisters Blaurock zu Neustadt in Westpreußen nach Cammin in Pommern ist, nach dem „Staatsanzeiger“, zurückgenommen worden.

± Thorn, 28. Juli. Ein höchst bemerkenswerthes Ansprechen ist von Chef der hiesigen Rgl. Polizeiverwaltung, Herrn Landrath Steinmann, im höheren Auftrage an den Magistrat ergangen, welches bezüglich der künftigen Polizeiverwaltung 4 Anträge enthält, von denen aber nur drei ein Interesse für weitere Kreise haben dürften. Die Anträge sind auf Anordnung des Hrn. Ministers des Innern gestellt und haben, wie aus denselben erhellt, den Zweck, die Ausgaben des Fiscus für die Polizeiverwaltung zu verringern und den städtischen Haushalt zu belasten. 1) Vom 1. August d. J. ab soll die Commune die Polizei über das Straßenreinigungswesen, das Feuerlöschwesen, das Nachtwachenwesen und das Bauwesen übernehmen, während der Fiscus sich die Straßen-, Markt-, Gesundheits-, Sitten-, Fremden-, Verkehrrs- und Gewerbs- sowie die Preß- und Vereinigepolizei vorbehält. Eine solche Theilung der Polizei ist bisher in keiner preussischen Stadt durchgeführt und soll wohl in Thorn der erste Versuch damit gemacht werden. Aber der Versuch ist practisch schwer durchzuführen. Abgesehen davon, daß durch die Theilung die selbstständige Stellung des Gemeindevorstandes alterirt wird, die Polizeibeamten am Tage Nichts zu thun hätten, als auf die Straßenreinigung zu achten, ist dieselbe durch das Gesetz nicht begründet, und eine Zuweisung, wie die obige, kann wohl an Staatsbeamte, nicht aber an eine Stadtbehörde erfolgen. Der Stadthaushalt würde aber auch durch die Annahme der Proposition um mindestens 2000 R. (600 R. für Nachtwächter, 640 für 3 Polizeiergeanten u.) belastet werden. Aus diesen Motiven haben sich der Magistrat wie die Stadtverordneten gestern einstimmig für Ablehnung des Antrages erklärt, ebenso bezüglich des zweiten. Nach diesem will die königl. Polizeiverwaltung von dem am 15. März d. J. übernommenen, 9 ehemaligen städtischen Polizeibeamten — 4 von ihnen sind der Commune bereits zur Disposition gestellt — 5 noch weiter beibehalten und ihnen das bisherige Gehalt auf weiter zahlen, ohne sie jedoch in den Staatsdienst zu übernehmen und ohne ihnen gegen den Staat einen Anspruch auf künftige Versorgung oder Pensionirung einzuräumen. Sollte Seitens der Commune auch dieses Arrangement nicht eingegangen werden, so ist nach Bestimmung des Herrn Ministers von der Verwendung der städtischen Beamten ganz abzusehen. — Durch die Ablehnung dieses Antrages erwächst der Commune kein Verlust. Ist auch die Rechtsfrage hinsichtlich der Verpflichtung des Fiscus gegen diese Beamten zweifelhaft, so kann bei Erledigung derselben durch einen Rechtsstreit der Commune zwar ein Gewinn entgehen, nicht aber ein Verlust erwachsen, da die Beamten doch auf dem Ausgabe-Etat der Stadt stehen. Andererseits kann die Commune nur verpflichtet sein, beregten Beamten eine Pension nur für die Zeit zu zahlen, welche sie ihr gebient haben. 3) Fordert der Fiscus zur Bestreitung der sachlichen Kosten eine vierteljährliche Vorschusszahlung von 325 R., über deren nützliche und nothwendige Verwendung nicht die Commune, sondern nur der Staat nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 1. Juli 1848 zu befinden haben soll.

\* Am 26. Juli machten die bei der Provinzial-Lehrerversammlung anwesenden Lehrer einen Ausflug nach Plick und Kallnen. Am 27. fand in Gumbinnen ein Concert statt.

## Provinzial-Lehrerversammlung.

± Gumbinnen, 27. Juli. Die erste Hauptversammlung wurde heute 9 Uhr Morgens in dem festlich mit Quirlen und preussischen, litauischen und deutschen Fahnen geschmückten Saale der Bürger-Resourse durch Gesang des Liedes: „Eine feste Burg ist unser Gott“ und eine herzliche Ansprache des zweiten Bürgermeisters eröffnet. Er dankt im Namen der Stadt, daß derselben jetzt Gelegenheit geboten sei, das lebhafteste Interesse, das sie an der Entwicklung des Schulwesens nehme, zu bekunden und ihre Achtung den Lehrern zu zollen. Er schließt mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen der Lehrer zum allgemeinen Wohle reiche Früchte tragen und daß es den Festtheilnehmern in den Mauern der Stadt wohlgefallen möge. — Darauf wird Lehrer Frisch-



hier-Königsberg durch Acclamation zum Präsidenten der  
Versammlung gewählt. Derselbe dankt ihr für das Ver-  
trauen, das ihn jetzt zum vierten Male zu diesem Amte beru-  
fen, bemerkt, daß dies Amt besonders in gegenwärtiger Si-  
tuation ein gar schwieriges sei, und bittet, daß jeder Redner  
strenge über sich selbst wachen möge, damit man seinen Aus-  
sagen auch nicht den leisesten Vorwurf machen könne, als  
verfolge die Versammlung Pläne, die auch nur im Geringsten  
den Argwohn der Behörde erregen könnten. Jeder möge die  
Meinung des Andern ehren, wenn sie aufrichtiger Ausdruck  
der Ueberzeugung ist. Wahrheit, Besonnenheit und Liebe  
seien die Lichtsterne, welche die Versammlung führen mögen,  
dann würde ihr, wenn sie auch nur klein sei, der Segen nicht  
fehlen. Der Vorsitzende spricht dann dem Fest-Comité den  
herzlichsten Dank aus für die Bemühungen, welche dasselbe  
angewendet, um trotz der Ungunst der Verhältnisse das  
Tagen der Versammlung zu ermöglichen und derselben einen  
Empfang zu bereiten, der unvergänglich bleiben werde.  
(Die Versammlung drückt auf Ansuchen des Vorsitzenden der  
Stadt Gumbinnen, deren Vertreter und dem Local-Comité  
durch Erhebung von den Sigen ihren Dank aus.) Der Vor-  
sitzende verliest alsdann noch einmal die festgesetzte Tagesordnung.  
Zu Beisitzern werden, nachdem Sack-Königsberg abgelehnt, auf  
Vorschlag des Vorsitzenden durch Acclamation gewählt: Rec-  
tor Leopold-Gumbinnen und Straube-Elbing. Zu  
Schriftführern werden ernannt: Bloß-Danzig, Glasen-  
Königsberg und Asselmann-Insterburg. Die Frage, ob ein  
Beizeichnis der Mitglieder der diesjährigen Provinzial-Lehrer-  
Versammlung gedruckt und vertheilt werden soll, erregt eine  
längere Debatte. Frischbier hebt hervor, welches schönes  
Erinnerungszeichen an die Kollegen, die den Muth gehabt,  
trotz mannigfachen Abmahnungen, diese Versammlung zu be-  
suchen, es für Jeden sein würde. Man dürfe sich auch nicht  
fürchten, die Namen der Theilnehmer zu veröffentlichen, ohne-  
hin hätten ja die Regierungen eine Nachweisung von den  
Theilnehmern eingefordert. In früheren Jahren wäre der  
Druck nur aus dem Grunde unterblieben, weil kein Geld vor-  
handen gewesen, die Kosten zu decken. Der Druck des Ver-  
zeichnisses wird darauf nahezu mit Einstimmigkeit beschlossen.  
— Lehrer Sack theilt noch mit, daß einige Kollegen zwar den  
Muth gehabt, nach Gumbinnen herzureisen, daß sie sich auch  
gestern hier angemeldet, in der Nacht aber wieder abgereist  
seien. — Vor dem Eintritt in die Tagesordnung empfiehlt  
der Vorsitzende noch die Anschaffung einer Sammlung von  
Gelegenheitsgedichten, Geburtstagswünschen u. s. w., welche  
Lehrer Rosanke in Elbing veranstaltet hat und welche zum  
Preis von 12 Sgr. pro Exemplar und zum Besten des Pest-  
logisvereins zu haben sei. — Bloß-Danzig empfiehlt fer-  
ner die vom Danziger Lehrerverein herausgegebenen und von  
vielen Regierungen und pädagogischen Zeitschriften empfohle-  
nen kalligraphischen Schulvorschriften, deren Reinertrag zur  
Unterstützung von Lehrerr Wittwen bestimmt ist. — Die Ver-  
sammlung kommt zum ersten Gegenstande der Tagesordnung:  
„Ueber Zweck und Segen der Provinzial-Lehrer-Versamm-  
lung“, und stellt als diese Zwecke auf: 1) Fortbildung des  
Lehrers in Wissenschaft, Beruf und Leben; 2) sie sind ein  
Mittel zur Stärkung der Berufstreue und Bewahrung der  
Lebensfrische; 3) sie begründen und befördern die Collegial-  
ität der Lehrer; 4) sie sind eine Pflanzstätte des Pestalozzi-  
vereins; 5) sie wollen eine weniger sorgenvolle Zukunft der Leh-  
rer begründen; 6) sie erheben und beleben das Gemüth der  
Theilnehmer durch Kunstgenüsse und Festfreuden. Lehrer  
Suplie-Insterburg führt dies in einer so klaren und wohl-  
durchdachten Rede durch, daß die Versammlung ihm einstimmig  
ihren Dank ausdrückt. — Lehrer Straube-Elbing hofft  
als einen ferneren Segen, der aus den Provinzial-Versamm-  
lungen dem Lehrerstande entspringen werde, daß die Haltung  
der Versammlung dazu beitragen werde, daß die noch häufig  
herrschende Geringschätzung gegen den Lehrerstand schwinde  
und daß er sich aus dem Zustande der Bevormundung be-  
freie. — Der Vorsitzende theilt darauf den Erfolg mit, wel-  
chen die an den Regierungen- und Schulrath Tirol abge-  
sandte Deputation gehabt hat. Herr Tirol habe sie sehr  
freundlich empfangen, aber erklärt, er könne die Versammlung  
nicht besuchen, da er auch für das (bekannte) Abmahnungs-  
Rescript gestimmt habe. Er sowohl, als auch das Regie-  
rungscollegium seien davon überzeugt, daß die Versammlung  
nur pädagogische und die Verhältnisse der Schule betreffende  
Zwecke im Auge habe; da aber die Versammlung nicht von  
der Behörde berufen sei, könne er derselben nicht beiwohnen.  
Der Vorsitzende hebt hervor, daß Herr Tirol dem Streben  
der Lehrer seine Anerkennung ausgesprochen habe. — Zwei-  
ter Gegenstand der Tages-Ordnung: „Ueber Schul-  
Inspectionen.“ Referent ist Pfarrer Hampf aus Starckenberg.  
Es sei ein würdiges Ziel des Strebens für jeden Menschen,  
alle Hemmnisse, die die Lehrenden sowohl als die  
Lernenden bedrücken, zu entfernen. Redner wolle ein wichti-  
ges Hemmnis der gesunden Entwicklung aufdecken: das sei  
die geistliche Schulinspection. Er zeigt dann, wie bei welt-  
lichen Inspectionen Alles wohl geordnet sei, wie der Guts-  
besitzer z. B. Deconomie, Biegelei, Brennerlei u. s. w. In-  
spectoren habe, welche dies Amt nicht als ein Neben- sondern  
als ihr einziges Amt ansehen und dafür von ihrem Herrn  
gut honorirt würden; wie der Gutsbesitzer zu einem solchen  
Amte auch nicht einen Müller oder Schmied berufe. Er weist  
auf Staatseinrichtungen hin, wie man besondere Post- und  
Eisenbahninspectoren habe. Die Forstinspectoren hätten für  
Baumpflanzungen zu sorgen und allmonatlich ihre Rundrei-  
sen zu machen. Redner kommt alsdann auf den Ursprung  
der geistlichen Schulinspection, wie derselbe darin seinen  
Grund habe, daß es früher in jedem Kirchspiel nur eine, die  
Kirchschule, gegeben habe, deren Beaufsichtigung den Geistli-  
chen weniger von seinem eigentlichen Beruf abziehe, als dies  
jetzt durch die größere Ausdehnung des Schulwesens der Fall  
sei. Als der sonst so sparsame König Friedrich Wilhelm I.  
durch sein königl. Wort: „Ich will, daß auf allen meinen  
Domainen Schulen sein sollen!“ das Schulwesen Preußens  
schuf, und als nach beinahe 100 Jahren auf den abligen Glei-  
tern Schulen entstanden, da reichte die Kraft des geistlichen  
Schulinspectors zur heilsamen Beaufsichtigung der Schulen  
nicht mehr aus. Wenn ein Geistlicher in seinem Kirchspiele  
10 bis 12 Schulen habe, so müsse er, um die vorgeschriebe-  
nen Revisionen abzuhalten, jährlich 120 Tage auf Reisen sich  
befinden. Doch die Geistlichen hätten bis dahin dieses Neben-  
amt mit Freuden verwaltet, obgleich die Kraft und Zeit, die  
sie der Schule gewidmet, ihrem Hauptamte verloren geggan-  
gen sei. Wo solle der Geistliche noch Zeit hernehmen zum  
Besuche von Kranken, von Wittwen und Waisen: dem  
eigentlichen Wesen der Seelsorge. Die Kirche verliere durch  
die Verbindung des Predigerberufes mit dem Amte eines  
Schulinspectors unendlich viel. Redner erwähnt, daß er sich  
eine Reihe von Jahren als Lehrer in den 4 Regierungsbezir-  
ken unserer Provinz bewegt und überall mit „sehr, sehr we-  
nigen Ausnahmen“, Lehrer gefunden habe, die Liebe zu den  
Kindern und ihrem Berufe hätten; dazu komme noch, daß

jetzt alles, was in den Schulen gelernt werden solle, so genau  
vorgeschrieben sei, daß der geistliche Schul-Inspector  
und die Lehrer-Conferenzen, welche er abhalte, nicht  
nothwendig seien, da er den Lehrern ja nichts An-  
deres sagen könne, als: thun Sie das, was vorgeschrieben  
ist. — Der Geistliche sei ferner verpflichtet, die Schulverfä-  
mlichkeitsstrafen festzusetzen, wodurch er in eine unangenehme Stel-  
lung gerathe. Als Schulinspecter habe er die Pflicht, strenge  
nach dem Gesetz die Strafen zu bestimmen, als Geistlicher  
aber sehe er sich oft wieder genöthigt, mit der Linken auszu-  
streichen, was die Rechte verfügt habe. Es wäre daher am  
Allerbesten, wenn die Geistlichen von dieser Pflicht befreit  
würden. Die jährlichen Schulprüfungen durch den Kreis-  
Schulinspectoren seien auch nicht zweckmäßig, da sie 1) in der  
Kirche abgehalten würden, wo Vieles von den Unterrichtsge-  
genständen, wie Turnen, weltliche Lieder, nicht hingehöre, wo  
auch manches Andere nur en passant behandelt werden könne,  
weil die Zeit zur ausführlichen Behandlung fehle. Redner  
will die Anstellung von Kreis-Schulinspectoren, die nichts mit  
dem geistlichen Amte zu thun haben; der Geistliche sei Mit-  
glied des Schulvorstandes, der leider gegenwärtig auf dem  
Lande nichts bedeute. Auch die Superintendenten hätten mit  
der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten so viel zu thun,  
daß sie den Tag segnen würden, wann ihnen die Aussicht  
über die Schulen abgenommen würde. Die Geistlichen wür-  
den dann Freunde der Lehrer sein, während sie jetzt denselben  
oft als Gegner gegenüberstehen. Aber wo das Geld herneh-  
men, um eigene Schulinspectoren anzustellen? Redner ge-  
höre dem land- und forstwirtschaftlichen Vereine an, und  
habe da Gelegenheit gehabt, zu erfahren, welche Mittel dem  
Staate zu Gebote stünden, um die Zwecke dieses Vereins zu  
fördern. Man habe Mittel, um die Schaf-, Schweine-,  
Pferdezucht zu heben, da dürften auch wohl Mittel für die  
Hebung der Volkserziehung aufzutreiben sein. Was wären  
für unsere Provinz 50,000 Thlr., denn so viel wäre etwa für  
die Durchführung dieser Einrichtung nöthig, gegen den uner-  
meßlichen Segen, der daraus hervorgehen würde? Redner  
knüpft an seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag  
die Mittheilung aus dem evangelischen Gemeindeblatt, daß  
die bairische Kammer die Einführung besonderer Kreis-Schulin-  
spectoren beschlossen habe und stellt den Antrag: Die Ver-  
sammlung möge beschließen, eine Petition in dieser Ange-  
legenheit an das Abgeordnetenhaus zu richten und dieselbe  
alljährlich zu wiederholen, bis sie endlich ihren Zweck erreicht  
habe. Redner erinnert zum Schluß noch daran, daß Amt  
und Pflicht den Lehrer an das Wort Gottes binden, welches  
gebiete: Thut Ebre Jedermann, habt die Brüder lieb, fürcht-  
et Gott und ehret den König. Die Bruderliebe müsse die  
Lehrer antreiben zu dem Streben, die Volks-Bil-  
dung von den Schranken zu befreien, welche die geist-  
liche Schul-Inspection ihr anlege; der Lehrer werde  
stets Gott fürchten als den allerhöchsten Schutzpatron  
seiner Wirksamkeit und den König ehren als seinen Herrn  
und den Schutzpatron aller Schulen im preussischen Staate.  
Die Versammlung möge daher gestatten, daß Redner sie er-  
juche, unserm Könige, dem Schutz- und Schirmherrn aller  
Kirchen und Schulen Preußens, ein Hoch anzubringen!  
Nachdem die Versammlung in dieses Hoch dreimal lebhaft  
eingestimmt, verläßt Redner unter lauten und wiederholten  
Bravos den Rednerplatz. (Fortf. folgt.)

#### Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 29. Juli 1864. Aufgegeben 2 Uhr 16 Min.  
Angekommen in Danzig 4 Uhr — Min.

Roggen weichend,	34 1/2	36	3 1/2 Westpr. Pfdbr.	84 1/2	84 1/2
loco	34 1/2	35 1/2	4% do.	—	96 1/2
Juli-August	34 1/2	35 1/2	Danziger Privatbl.	104	—
Septbr.-Octbr.	35 1/2	36 1/2	Ostpr. Pfandbriefe	85 1/2	85 1/2
Spiritus Juli	14 1/2	14 1/2	Westpr. Credit-Actien	85	84 1/2
Rüßöl do.	12 1/2	13	Nationale	71 1/2	70 1/2
Staats-Schuldscheine	90 1/2	90 1/2	Russ. Banknoten	82 1/2	82 1/2
4 1/2 56er. Anleihe	102	102 1/2	Westf. London	—	6.21
5 1/2 56er. Pr.-Anl.	106 1/2	106 1/2			

Fondsboerse: Fonds matt.

Hamburg, 28. Juli. Getreidemarkt. Weizen und  
Roggen unverändert, ruhig; ziemlich matte Stimmung.  
Del. flau, October 27%, Mai 28% — 28%. Kaffee 1000  
Sack verkauft.

London, 28. Juli. Silber 61 1/2. Türkische Consols  
49 1/2. — Schönes Wetter. — Consols 90. 1% Spanier 44.  
Mexikaner 28 1/2. 5% Russen 90. Neue Russen 88 1/2. Sar-  
dinier 84 1/2.

Der Dampfer „Nova Scotian“ ist von Quebec in Lon-  
donderry mit Newporter Nachrichten bis zum 16. d. Abends  
eingetroffen. Goldagio stand 154, Baumwolle 162—163.

Liverpool, 28. Juli. Baumwolle: 7000 Ballen Um-  
satz. Markt fest.

Fair Dhollera 23 1/2, Middling fair Dhollera 22,  
fair Bengal 17 1/2, Middling fair Bengal 16 1/2, Middling  
Bengal 14 1/2, China 19 1/2.

Paris, 28. Juli. 3% Rente 66, 05. Italienische 5%  
Rente 68, 00. Italienische neueste Anleihe — 3% Spanier  
48 1/2. 1% Spanier 44 1/2. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-  
Actien 412, 50. Credit mob. Actien 982, 50. Lomb. Eisen-  
bahn-Actien 528, 75. — Fortdauernde Geschäftsstille.

Danzig, den 29. Juli. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt 126/127 —  
128/9 — 130/1 — 132/4 th. nach Qualität von 65/66 —  
67/68 — 69/70 — 71/72/73 Sgr.; dunkelbunt, ordinar glatt  
125/7 — 129/30 th. von 63/65 — 66/67 Sgr. 85 th.  
Roggen 120/123 — 125/127 th. von 38/39 — 40 1/2/41 Sgr.  
81 1/2 th.  
Erbisen 45 — 50 Sgr.  
Gerste kleine 106/108 — 113/115 th. von 32/32 1/2 — 34 1/2/35 Sgr.  
do. große 110/112 — 114/116 th. von 33/34 — 35/36 1/2 Sgr.  
Hafer 24 — 26 Sgr.  
Spiritus 14% bezahlt.  
Rüßöl 101 — 103 Sgr. 72 th.

Getreide-Börse. Wetter: schön. Wind: SW. Weizen  
erfreute sich am heutigen Markte keiner besonderen Kauflust,  
114 Lasten wurden gehandelt und brachten nicht voll gestrige  
Preise. 128 th. bunt 392 1/2, 130 th. hellbunt 415,  
133 th. feinhunt 422 1/2 Sgr. 85 th. — Roggen behauptet.  
124 1/2 th. 230 Sgr. 81 1/2 th. bezahlt. — Weiße Erbsen  
300 Sgr. 90 th. — Rüßöl zu langsam weichenden Preisen  
gehandelt. Schluß des Marktes sehr feinste Qualität 102 1/2,  
für gute 101, 102 Sgr., auch nur 100 Sgr. 72 th., während  
trodene aber etwas besetzte Waare nur 95 Sgr. 72 th. be-  
dingen konnte. — Spiritus ohne Geschäft.

Königsberg, 28. Juli. (R. S. S.) Wind: NW. + 17.  
Weizen unverändert stille, hochbunter 122 — 130 th. 56 — 72 Sgr.  
Br., 124 — 125 th. 64 Sgr. bez., bunter 120 — 130 th. 52 — 66  
Sgr. Br., rother 120 — 130 th. 52 — 64 Sgr. Br. — Roggen  
behauptet, loco 114 — 120 — 121 — 126 th. 35 — 38 1/2 —  
39 — 43 Sgr. Br., 119 — 120 th. 36 Sgr. bez.; Termine fest,

120 th. 39 Sgr. Juli 30 Sgr. Br., 39 1/2 Sgr. Bd., 80 th. Juli-  
August 40 1/2 Sgr. Br., 39 1/2 Sgr. Bd., 79 Sgr. September-Octo-  
ber 42 Sgr. Br., 41 Sgr. Bd. — Gerste fest, große 100 —  
112 th. 30 — 38 Sgr. Br., kleine 98 — 110 th. 30 — 36 Sgr. Br.,  
107 — 108 th. 34 1/2 Sgr. bez. — Hafer stille, loco 70 — 82 th. 19  
— 27 Sgr. Br. — Erbsen unverändert, weiße Koch- 45 — 53  
Sgr., graue 35 — 45 Sgr. Br., grüne 38 — 48 Sgr. Br. — Boh-  
nen 45 — 55 Sgr. Br. — Widen 30 — 43 Sgr. Br. — Lein-  
saat unverändert, feine 108 — 112 th. 75 — 95 Sgr., mittel  
104 — 112 th. 60 — 78 Sgr., ordinar 96 — 106 th. 40 — 55 Sgr.  
Br. — Winter-Rüßöl mit 97 bis 105 Sgr. nach Qualität  
bez. — Kleesaat, rothe 10 — 14 Sgr., weiße 8 — 14 Sgr. 72  
th. Br. — Thimotheum 4 — 6 1/2 Sgr. 72 th. Br. — Leinöl  
loco ohne Faß 13 1/2 Sgr. Br. — Rüßöl 13 Sgr. 72 th. Br.  
— Leintuchen 50 — 56 Sgr. 72 th. Br. — Rüßtuchen 48 —  
50 Sgr. 72 th. Br. — Spiritus. Den 27. Juli loco ge-  
macht 15 1/2 und 15 1/2 Sgr. ohne Faß; den 28. Juli loco Ver-  
käufer 15 1/2 Sgr., Käufer 15 1/2 Sgr. ohne Faß; 72 Juli Ver-  
käufer 15 1/2 Sgr., Käufer 15 1/2 Sgr. ohne Faß; 72 Juli, Au-  
gust Verkäufer 16 1/2 Sgr. ohne Faß in monatlichen Raten;  
72 August Verkäufer 16 1/2 Sgr. incl. Faß; 72 September  
Verkäufer 16 1/2 Sgr. incl. Faß; 72 September bis incl. April  
1865 Verkäufer 15 1/2 Sgr. ohne Faß in monatlichen Raten;  
72 Frühjahr 1865 Verkäufer 17 Sgr. incl. Faß 72 8000 %  
Tralles.

Bromberg, 28. Juli. Mittag + 21°. Weizen 128  
— 135 th. 50 — 58 Sgr. — Roggen 118 — 130 th. 29 — 31 Sgr.  
— Gerste, große 28 — 30 Sgr., kleine 24 — 27 Sgr. — Hafer  
20 — 22 Sgr. — Erbsen 30 — 32 Sgr. — Raps und Rüßöl 78 —  
83 Sgr. — Kartoffeln 25 — 30 Sgr. 72 th. Schfl. — Spiritus  
15 1/2 Sgr. 8000 %.

Stettin, 28. Juli. (Ostf. Btg.) Weizen matt, loco  
72 85 th. gelber 54 — 59 Sgr. nach Qualität bez., 83/85 th.  
gelber Juli-Aug. und Aug.-Sept. 58 1/2 Sgr. bez., Septbr.-  
Oct. 59 1/2, 1/2 Sgr. bez., 59 1/2 Sgr. Br., Oct.-Nov. 60 Sgr. bez.,  
59 1/2 Sgr. Br., 59 1/2 Sgr. Bd., Frühl. 63 Sgr. bez. u. Br., 62 1/2  
Sgr. Bd. — Roggen niedriger verkauft, loco 72 2000 th. 35  
— 35 1/2 Sgr. bez., Juli 35 1/2, 1/2 Sgr. bez., 35 1/2 Sgr. Br., Juli-  
August und August-Septbr. 35 1/2 Sgr. bez. u. Br., Sept.-Oct.  
36 1/2 Sgr. bez. u. Br., 36 1/2 Sgr. Bd., Oct.-Nov. 36 1/2, 36 1/2  
Sgr. bez., Frühl. gestern noch 38 1/2, 1/2 Sgr. bez., heute 38 Sgr.  
bez. — Gerste loco 72 70 th. Pomm. 32 — 33 Sgr. bez., feine  
Märker 34 Sgr. bez. — Hafer, loco 72 50 th. 23 1/2 — 24 Sgr.  
bez. — Rüßöl, Winter, loco nach Qual. 87 — 91 Sgr. 72  
25 Schfl. und 72 1800 th. bez. — Rüßöl matter, loco 12 1/2  
Sgr. bez. u. Br., Juli-Aug. 12 1/2 Sgr. Bd., Sept.-Oct. 13 Sgr.  
Bd., 13 1/2 Sgr. bez., April-Mai 13 1/2 Sgr. bez. u. Br. — Spiritus  
flau und niedriger verkauft, loco ohne Faß 14 1/2 Sgr. bez.,  
Juli-August und August-Septbr. 14 1/2, 1/2 Sgr. bez. u. Br.,  
Septbr.-Oct. 14 1/2 Sgr. bez. u. Br., Oct.-Novbr. 14 1/2  
Sgr. Br., 14 1/2 Sgr. Bd., Novbr.-Decbr. 14 1/2 Sgr. bez. Frühl.  
14 1/2 Sgr. Br. — Angemeldet 100 W. Weizen, 50 W. Rog-  
gen, 40,000 Quart Spiritus.

Berlin, 28. Juli. Weizen 2100 th. loco 50 — 60  
Sgr. nach Qual. — Roggen 2000 th. loco 1 Pad. 81/82 th.  
36 — 35 1/2 Sgr. ab Kahn bez., schwimmend im Canal 1 Pad.  
mit 1/2 Sgr. Aufgeld geg. Aug.-Sept. get., Juli 35 1/2 — 35 1/2  
Sgr. bez. u. Bd., 35 1/2 Sgr. Br., Sept.-Oct. 36 1/2 — 36 1/2 Sgr.  
bez. u. Bd., 36 1/2 Sgr. Br., Oct.-Nov. 37 1/2 — 37 1/2 Sgr. bez. u. Bd.,  
37 1/2 Sgr. Br., Frühl. 38 — 37 1/2 Sgr. bez. u. Bd., 38 Sgr. Br.  
Gerste 72 1750 th. große 30 — 33 Sgr., kleine do. — Hafer  
72 1200 th. loco 22 1/2 — 25 Sgr., Juli ohne Geschäft, Sept.-  
Oct. 22 1/2 — 22 1/2 Sgr. bez., Oct.-Nov. do., Nov.-Dec. 22 1/2  
Sgr. Br., 22 1/2 Sgr. Bd., Frühl. 22 1/2 Sgr. Br. — Erbsen 72  
2250 th. Kochwaare 41 — 48 Sgr., Futterwaare do. — Winter-  
Rüßöl 86 — 90 Sgr. 72 25 Schfl. frei Mühle bez. — Rüßöl  
72 100 th. ohne Faß loco 13 1/2 Sgr. Br., 13 Sgr. bez., Juli  
13 — 12 1/2 Sgr. bez. u. Bd., 13 Sgr. Br., Sept.-Oct. 13 1/2 —  
13 1/2 Sgr. bez., Br. u. Bd., Oct.-Nov. 13 1/2 — 13 1/2 Sgr.  
bez., Nov.-Dec. 13 1/2 — 13 1/2 Sgr. bez., April-Mai 13 1/2 —  
13 1/2 Sgr. bez. — Leinöl 72 100 th. ohne Faß loco  
14 1/2 Sgr. — Spiritus 72 8000% loco ohne Faß 15 1/2 — 15 1/2  
Sgr. bez., Juli 14 1/2 Sgr. bez., Sept.-Oct. 15 — 15 1/2 Sgr.  
bez. u. Bd., 15 1/2 Sgr. Br., Oct.-Nov. 14 1/2 — 14 1/2 Sgr.  
Sgr. bez. u. Bd., 14 1/2 Sgr. Br., Novbr.-Decbr. 14 1/2 — 14 1/2  
— 14 1/2 Sgr. bez. u. Bd., 14 1/2 Sgr. Br., April-Mai 15 —  
15 1/2 Sgr. bez. — Wehl. Weizenmehl Nr. 0. 3 1/2  
— 3 1/2 Sgr., Nr. 0. u. 1. 3 1/2 — 3 1/2 Sgr. — Roggenmehl Nr.  
0. 2 1/2 — 2 1/2 Sgr., Nr. 0. u. 1. 2 1/2 — 2 1/2 Sgr. 72 th. un-  
versteuert.

#### Butterbericht.

Berlin, 27. Juli. (V. u. H.-Z.) [Gehr. Gause.] In  
der vergangenen Woche war das Geschäft in Butter ebenfalls  
nur sehr still; es zeigte sich wohl mitunter ein wenig mehr  
Kauflust, jedoch war diese zu unbedeutend, um auf den Stand  
der Preise hier eine Veränderung hervorgebracht zu haben.  
Es ist auch anzunehmen, daß bei der herrschenden Flaue  
die Preise hier noch lange gedrückt bleiben werden. —  
Feine und feinste Mecklenburger Butter 30 — 31 1/2 Sgr., Prieg-  
niger und Vorpommersche 25 — 31 Sgr., Pommersche und  
Regbrücker 20 — 24 1/2 Sgr., Preussische 22 — 25 Sgr., Breslauer,  
Brieger, Reiser, Ratiborer u. 24 — 26 Sgr., Thüringer, Hes-  
sische und Bayerische 22 — 27 Sgr.; amerikanische Schweine-  
fette 17 1/2 — 18 Sgr.

Neufahrwasser, den 28. Juli 1864. Wind: NW.

Angekommen: Olsen, Solid, Laurvig; Smith, Anne-  
china, Schiedam; Kirps, Alexander, Lübeck; Randulf, Cas-  
tor, Amsterdäm; Düven, Jeanette, Gent; Roster, Bruchina,  
Gent; Kayser, Amalia, Schiedam; sämmtlich mit Ballast. —  
Stephan, 3'11 Ery, Buntisland, Kohlen. — Domke, Ida  
(SD.), London; Parlis, Colberg (SD.), Stettin; beide  
mit Gütern.

Retournirt: Gajens, Nautilus; Persberg, Franz;  
Schulten, Juno; Rogge, Fulda; Wolf, Mary Ann; Bed-  
ker, Uranus.

Gesegelt: Lee, Newton Colville (SD.), London, Gehr.  
Den 29. Juli. Wind: NW.

Angekommen: Anderson, Anna Malene, Harlingen;  
Walter, Countess of Seafeld, London; Ellis, Wave, Ham-  
burg; Sap, Dito, London; sämmtlich mit Ballast. — Hansen,  
Anna, Grangemouth, Kohlen. — Ohrich, Julius Caesar  
Augustus, Wismar, mit Sleepers nach Grimsby bestimmt.  
Gesegelt: Kollmann, Masches Plag, Petersburg, Polz.  
Ankommend: 1 Brigg: Breslau, Lübeck; 2 beladene  
Mecklenburger Briggs.

Verantwortlicher Redacteur H. Ridert in Danzig.

#### Meteorologische Beobachtungen.

Baromet.	Stand im	Therm. im	Wind und Wetter.
in	Par. Lin.	Freien	
28.4	336.58	+ 17.8	NW. mäßig, hell und wolkig
29.8	336.72	+ 15.2	do. do. do.
12	337.00	+ 16.4	NW. do. do.



